



Schwierige Situation: Tausende osteuropäische Werkvertragsarbeiter verdienen ihren Lebensunterhalt in der Fleischindustrie in der Region. Mitunter ist die Wohnsituation prekär. In Bokel regt sich Widerstand gegen die angebliche Einrichtung einer „Sammelunterkunft“, wie es heißt.

Die Angst vor den neuen Nachbarn

Von unserem Redaktionsmitglied
KAI VON STOCKUM

Rietberg-Bokel (gl). In Rieda-Wiedenbrück kommt es durchaus häufiger vor, dass man Osteuropäer, die bei Europas größtem Schlachtbetrieb ihre Brötchen verdienen, in großer Zahl zu seinen Nachbarn zählt. Bokel indessen ist eher weniger nachgefragt, was Wohnstätten für Werkvertragsarbeiter angeht. Das könnte sich möglicherweise bald deutlich ändern.

Derzeit werden in dem Ortsteil Listen herumgereicht, auf denen sich die Bokeler per Unterschrift gegen die Umwandlung eines Privathauses an der Lannertstraße in ein Domizil für Werkvertragsar-

beiter aussprechen können. 20 bis 30 Personen sollten auf 200 Quadratmeter Wohnfläche untergebracht werden, heißt es im Erläuterungstext. Es sei zu befürchten, dass es durch die intensive Belegung und Schichtarbeit zu Ruhestörungen komme, schreiben die Initiatoren. Auch sehe man die Gefahr von Streitereien aufgrund von Frust, Unzufriedenheit, Langeweile und prekärer Lebenssituation.

Außerdem führen die Nachbarn eine etwaige Verdreckung des gesamten Umfelds sowie eine Verschärfung der Parksituation ins Feld. „In diesem Zusammenhang wird durch die schon häufiger bemängelte Polizeipräsenz eine Zunahme von Kriminalität und Spannungen in der Gemeinde be-

fürchtet“, heißt es weiter. Das gehe zu Lasten der Lebensqualität in Bokel. Diese These wird von den Wortführern mit Negativbeispielen aus dem Ort sowie anderen Kommunen untermauert.

Unterschriften werden laut Begleittext aber nicht nur im eigenen Interesse gesammelt, sondern auch in dem der neuen Nachbarn. So werde von vielen Wohlfahrtsverbänden die Situation von Werkvertragsarbeitern hinsichtlich der Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen sowie deren Familien als zum Teil schwierig, menschenunwürdig und prekär bezeichnet. Das wolle man nicht unterstützen. Daher fordern die Wortführer und Unterschreibenden die Stadtverwaltung auf, sie möge zum Schutz der Bürger prä-

ventiv einschreiten.

Mitarbeitern des Rathauses ist die Unterschriftensammlung bekannt. Man stehe in Kontakt zu der Gruppe aus Bokel, „die sich gegen eine mögliche Nutzung des Objekts an der Lannertstraße durch Werkvertragsarbeiter wehrt“, sagte Pressesprecherin Nina Ackfeld. In diesem – wie auch in allen anderen Fällen – leiste man gern Aufklärungsarbeit und informiere die Bürger über das Thema. „Natürlich können wir nicht verbieten, dass Immobilien an Werkvertragsarbeiter vermietet werden. Es gibt aber bestimmte Rahmenbedingungen, die einzuhalten sind.“ Die Einhaltung dieser Vorgaben werde von der Kommune auch kontrolliert, so Ackfeld weiter.



An der Lannertstraße, so die Befürchtung einiger Anlieger, könnte ein Haus zur Unterkunft für Werkvertragsarbeiter werden.

Meldepflicht für Werkvertragsarbeiter

Rietberg (gl). Jeder, der eine Immobilie an Werkvertragsarbeiter vermieten möchte, muss sich diese Art der Nutzung von der Bauordnungsabteilung genehmigen lassen. Die Stadt stellt dabei gewisse Mindestanforderungen: Jede Wohnung muss mindestens über ein Wohnzimmer verfügen, wobei dies nicht der kleinste Raum sein und auch nicht zum Schlafen genutzt werden darf. Weiterhin muss es eine Küche und ein Badezimmer geben sowie Schlafräume, in denen mindestens sechs Quadratmeter pro Per-

son vorzuhalten sind. Darüber hinaus müssen alle Werkvertragsarbeiter in Rietberg gemeldet sein.

Über das Projekt LAGT 8 (ein gemeinsamer Verein mit mehreren Mitgliedskommunen aus dem Kreis Gütersloh) wird die Stadt Rietberg demnächst in Zusammenarbeit mit der Caritas eine Beratungsstelle für Werkvertragsarbeiter anbieten. Das Konzept ist Ende 2018 im Schul- und Sozialausschuss vom Geschäftsführer des Kreis Caritasverbands, Volker Brüggjenjürgen, vorgestellt worden.

1700 Osteuropäer

Rietberg (kvs). „Da kommen nicht nur Fleischer, sondern Familien“, machte Volker Brüggjenjürgen als Geschäftsführer des Kreis Caritasverbands unlängst Rietberger Kommunalpolitikern deutlich, als es um die Beteiligung der Stadt an einem neuen Beratungsgebot ging. Vor allem im psychosozialen Bereich bestehe großer Bedarf, ebenso an muttersprachlicher allgemeiner Sozialberatung.

Brüggjenjürgen machte deutlich: „Das System der Werkverträge führt dazu, dass immer mehr sehr arme und zunehmend bildungsferne Menschen aus Südosteuropa in den Kreis Gütersloh kommen und hier auch dauerhaft

bleiben werden.“ Wenn sich an den Gegebenheiten nichts ändere, seien der soziale Zusammenhalt und die Lebensqualität in den Städten sowie Gemeinden in Gefahr. Die langfristige Integration dieser Menschen erfordere in den Bereichen Sprachförderung, Bildung, Beratung und Wohnen erhebliche zusätzliche Leistungen der Kommunen, heißt es seitens des Kreis Caritasverbands.

Im Rietberger Stadtgebiet leben 856 Menschen aus Polen, 778 aus Rumänien und 62 aus Bulgarien. Die meisten von ihnen dürften aufgrund von Arbeitsverhältnissen in der Fleischindustrie auf Werkvertragsbasis in den Kreis Gütersloh gekommen sein.



Eine passable Unterkunft hat ein Werkvertragsarbeiter mit diesem Zimmer gefunden – es geht auch anders. Bilder: von Stockum (2), dpa